Barbelies Wiegmann

Das neue Scheidungs- Un-Recht

Aufgezeichnet in den Tagen nach Tschernobyl

Ich habe den ganzen Tag vor einem leeren Blatt Papier gesessen. Das ist neu. Als Anwältin bin ich pflicht- und terminbewußt und als Autorin habe ich Freude am Schreiben. Vor allem bei Themen, die mir am Herzen – und an der Galle – liegen. Wie zum Beispiel das Scheidungsfolgenrecht vom April 1986¹, das in seinem Kernstück, dem neuen Unterhaltsrecht, zu den frauenfeindlichsten Gesetzen der letzten Jahre gehört. Schon bei den Vorarbeiten zu meinem Aufsatz über das neue Scheidungs-Un-Recht für Frauen kam die alte Wut wieder hoch. Es war ein Paradebeispiel männlicher Machtentfaltung, dieses Gesetzgebungsverfahren, in dem eine kleine Clique gutverdienender Männer unter dem Deckmantel eines seriösen Gesetzgebers alte patriarchalische Rechte neu zementierte. Es gibt viel zu berichten, über Unverfrorenheit, Heuchelei und Lügen konservativer Politiker, über die neue Diskriminierung von Frauen.

Aber mein Blatt Papier bleibt leer. Ich fühle mich ausgehöhlt und wie gelähmt. Meinen Kopf durcheinander ab und an ein paar neue Nachrichten: „– Kinder dürfen nicht im Sand und auf der Wiese spielen – Sie müssen abgeduscht werden, wenn sie nach Hause kommen – Der Boden ist radioaktiv verseucht, wer weiß wie lange – Keine Milch trinken – Kein Gemüse essen – Salat und Spinat auf dem Markt werden beschlagnahmt . . .“

Die Atom-Katastrophe von Tschernobyl liegt eine Woche zurück. Noch sind die Folgen unübersehbar. Viele Menschen nahe dem Katastrophenort werden wahrscheinlich sterben, langsam, vielleicht qualvoll. Die Schäden in unseren Körpern sind ungewiß. „Ein erhöhtes Krebs-Risiko ist nicht auszuschließen“, heißt es. Was wird aus meinen Kindern? Wie lange können sie noch leben? In meinem Garten, den ich so liebe, ist alles grün. Ich soll den Rasen nicht betreten und mir nach der Berührung von Erde die Hände waschen. Schnittlauch, Liebstöckel, Petersilie, die vergifteten Kräuter leuchten in der Sonne.

Ich fühle mich wie im Gefängnis. Die Natur ist mir abgeschnitten worden, ein Stück meines Lebensfadens. Leben ist Bejahung. Was ist, wenn die Verneinung übermächtig wird, das Gift, die Bomben? Mein Gefühl von Lähmung wechselt mit dem Gefühl ohnmächtiger Wut. Ich lese die Erklärungen unserer wunderbaren Helden mit den fröhlichen Gesichtern auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio: „Die Kernkraft ist, und bei richtiger Handhabung bleibt sie, eine immer breiter genutzte Energiequelle . . . Des weiteren ist jedes Land für eine prompte Bereitstellung eingehender und vollständiger Informationen über nukleare Notsituationen und Unfälle verantwortlich . . .“² Also demnächst bessere

und schnellere Informationen bei nuklearen Katastrophen, – das ist im wesentlichen alles. Die Sowjetunion erklärt, sie werde ihr Atomenergieprogramm wie geplant „mit hohem Tempo“ realisieren.³

Es ist die Reaktion des – internationalen – Patriarchats. Kein Besinnen. Und keine Gefühle. Wir machen weiter, immer höher, immer mehr, perfektere Technik, immer mehr Waffen, – alles ist machbar. Nur die Superleistung zählt, das Leben wird immer unwichtiger. Bisher ahnte ich es nur. Jetzt weiß ich: *Das Patriarchat führt zum Tode*. Es muß zum Tode führen, denn die Menschen, in deren Händen die Geschicke dieser Welt und unserer Gesellschaft liegen, haben längst den Bezug zum Leben verloren. Es sind die Helden des Patriarchats, dressiert nach dessen Prinzipien, intelligent, durchsetzungsstark, leistungsbewußt. Emotionale Krüppel, unfähig zur Selbstkritik, halbiert in ihrer Menschlichkeit. Wahn-Sinnige, die immer verantwortungsloser die Natur und das Leben einem plötzlichen oder einem schleichenden Tod entgegentreiben. Mir kommen Sätze von Elisabeth Dessai in den Sinn:

„Die Geschichte ist eine Geschichte der Menschenvergeudung: Es ist die Geschichte des Mannes. Wir wissen nicht, ob und wie die Frau die destruktiven Aggressionen der Menschen besser zügeln wird. Ein Grund zu der Annahme, daß sich die Greuelwirtschaft unter weiblicher Regie verschlimmern wird, besteht jedoch nicht. Wir wissen nicht, ob die Frau sich bewähren wird. Vom Mann wissen wir: Er hat versagt.“⁴

Solche Sätze machten mich bisher eher optimistisch. Heute vor meinem leeren Blatt Papier beschlich mich Hoffnungslosigkeit. Gibt es überhaupt die geringste Chance für unseren Kampf als bewußte Frauen für eine menschenfreundliche Gesellschaft, – hat es sie je gegeben? Der Tod des Lebens auf dieser Erde ist nicht aufzuhalten. . . warum schreibe ich dann noch feministische Aufsätze?

Nein, höchstwahrscheinlich können wir diesen Tod nicht aufhalten. Ich mache mir das zum ersten Mal in ganzer Härte bewußt. Aber wenn, wenn es nur die geringste aller Chancen gäbe, so unwahrscheinlich sie auch sein mag, *wenn es sie gäbe* – dann muß ich, dann müssen wir handeln. Jede Frau an ihrem Platz, mit ihrer Kraft, das mörderische Patriarchat verändern, in uns selbst und um uns herum – zuweilen mit Hilfe einiger gutwilliger Männer. Verändern in dem Bewußtsein, daß sich nichts ändern wird, wenn wir es nicht ändern, und daß es jeweils nur Mosaiksteine sein können, die sich verändern lassen. Verändern in dem Bewußtsein, daß es schon eine Menge starker Frauen gibt, die das Patriarchat an irgend einer Stelle zu unterwühlen beginnen, Frauen, die auch mitunter mutlos werden. Und verändern in dem Bewußtsein, daß unsere Chancen minimal sind. Ich muß den begonnenen Weg weiter gehen.

So weiß ich jetzt auch, daß ich mich trotz Tschernobyl auch weiter um das neue Scheidungsfolgenrecht kümmern muß. Das Patriarchat hat viele Gesichter, hier Technikgläubigkeit, Omnipotenzgelüste und Atomwahnsinn, dort Diskriminierung und Disziplinierung von Frauen. Ich muß etwas sagen, um an einem konkreten Beispiel erneut bewußt zu machen, daß patriarchalische Männer freiwillig nicht einen Zoll ihrer Privilegien aufgeben werden. Im Gegenteil, sie leisten immer stärkeren Widerstand gegenüber Frauenforderungen und verteidigen rücksichtslos ihre alten Rechte. Es gilt, vor Illusionen zu warnen, Politiker (von einzelnen Ausnahmen, die ich nicht kenne, abgesehen) könnten ihre wunderbaren Sätze von Gleichberechtigung und Emanzipation auch nur mit einer Silbe ernst meinen. Sobald Gleichberechtigung die eigene männliche Position berührt – und damit ehrliche Gleichberechtigung wird –, ist sie unerwünscht. Zum anderen muß ich etwas sagen, um Mut zu machen. Die Debatte um das Scheidungsfolgenrecht hat mir außer allem Zorn gezeigt, was bereits an Frauensolidarität bei uns möglich ist.

Die patriarchalische Kampagne um die Änderung des Unterhaltsrechts wurde bekanntlich geführt unter dem Schlagtruf „Mehr Gerechtigkeit im Einzelfall“. Dies hieß im Klartext: „Mehr Rechte für Männer“. Es hieß neue/alte Wege finden, um von Unterhaltspflichten loszukommen, mehr Möglichkeiten schaffen, um sich aus der wirtschaftlichen Verantwortung gegenüber geschiedenen Ehefrauen hinwegzustehlen.

Das 1. Eherechtsreformgesetz von 1977 hatte nämlich etwas mehr Gleichberechtigung und damit Gerechtigkeit gebracht, und zwar zu Gunsten der bis dahin benachteiligten Frauen, genauer: für Familienhausfrauen. Tragende Säule der damaligen Reform war die – einstimmige! – Abkehr vom Schuldprinzip. Fortan sollte es nicht mehr um ‚Schuld‘ gehen im Ehescheidungsverfahren, sondern nur um die Frage, ob die Ehe objektiv gescheitert war. Aus guten Gründen. Kein Außenstehender kann in einer Ehe die ‚Schuld‘ dieses oder des anderen Ehepartners am Zerbrechen der ehelichen Beziehung feststellen, schon gar nicht die ‚Schuld‘ nur eines Ehegatten. Meist wissen die Eheleute selbst nicht genau, wie es zur Zerrüttung ihrer Ehe kam. Nach meiner täglichen Erfahrung in der Praxis, die von Fachleuten bestätigt wird, entsteht der eheliche Konflikt immer aus dem Zusammenspiel beider Partner. Die einzelne, meist zufällig herausgerissene ‚schuldhaft‘e Handlung ist in der Regel nur ein Glied in der Kette eines langen ehelichen Konfliktgeschehens, die deshalb nie isoliert betrachtet werden kann. ‚Einseitige‘ Schuld in einer Beziehung ist deshalb genauso unwahrscheinlich wie das ‚einseitige‘ Verdienst nur eines Ehegatten an einer glücklichen Partnerschaft.⁵ Außerdem war dem Gesetzgeber von 1977 klar, daß die Frage nach Schuld immer nur den wirtschaftlich Schwächeren, in aller Regel die Frau, benachteiligt, die mit dem Verlust aller ihrer Rechte ‚bestraft‘ wurde.

Fortfall des Schuldprinzips nicht nur bei der Ehescheidung, sondern konsequent auch bei der Regelung der Ehescheidungsfolgen. Unterhalt bekommt derjenige – in der Praxis fast immer (zu 98%) diejenige⁶ – die objektiv bedürftig ist, die also deshalb nicht erwerbstätig sein kann, weil sie Kinder zu versorgen hat, weil sie zu krank oder zu alt ist oder weil sie bei der Rückkehr ins Berufsleben keinen Arbeitsplatz findet. Unterhalt also nicht als Belohnung oder Strafe, sondern als notwendige Konsequenz einer Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, bei der die Familienhausfrau auf den Ausbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz verzichtet. Bis heute geben bekanntlich Frauen, die leider nach wie vor fast allein für die Familienarbeit zuständig sind, in ihrer Mehrzahl der Familie zuliebe ihre Berufstätigkeit auf oder schränken sie drastisch ein, um die Doppelbelastung erträglich zu machen. Der Mann demgegenüber ist und bleibt nicht nur selbstverständlich ununterbrochen erwerbstätig, seine Berufsaufgaben gehen auch vor und werden von Frau und Kindern entsprechend respektiert und unterstützt. Von Arbeit in der Familie wird er weitgehend freigestellt.⁷ Bei dieser Arbeitsteilung übernimmt deshalb folgerichtig der Mann auch die wirtschaftliche Verantwortung für die Frau, die ohne oder ohne ausreichende eigene wirtschaftliche Existenz bleibt, und zwar in Form von Unterhalt, wenn die Ehe schiefgeht; jedenfalls solange, bis sie auf eigenen Beinen stehen kann. Mit ‚Schuld‘ hat diese wirtschaftliche Konsequenz nichts zu tun.

Dies war offenbar bereits ein Zuviel an Gerechtigkeit. Wahrscheinlich spürten Ehemänner zum ersten Mal, was die Gleichberechtigung des Artikel 3 Grundgesetz am eigenen Leibe bedeutet. Jedenfalls war nach dem Inkrafttreten des Ehescheidungsrechts von 1977 ein Sturm männlicher Entrüstung durch das Land gegangen, vermischt mit Selbstmitleid und Wut. Ein Sturm, angefacht durch die männlich beherrschte Presse – genauer gesagt durch gut verdienende und daher auch zu nennenswerten Unterhaltszahlungen verpflichtete Journalisten⁸ – aber auch durch geschiedene Ehemänner jedes Standes, die sich zu Schutz- und Trutzbünden wie der *Interessen- und Schutzgemeinschaft unterhaltspflichtiger Väter und Mütter (ISUV)* oder dem *Bürgerbund gegen Scheidungs-Unrecht*

(BUR) zusammenschlossen. Von Unterhaltsknechtschaft war die Rede, von männlichen Arbeitssklaven und Luxusweibchen, die sich auf Kosten ihrer Ex-Männer ein schönes Leben machten. Zeichnungen erschienen von den „Bettlern der Nation“: Blind oder lahm oder geschieden.

Dabei hatte sich an den konkreten Unterhaltszahlen nicht das geringste geändert. Das Unterhaltselend geschiedener Frauen war vor und nach 1977 das gleiche geblieben, da es mit gesetzgeberischen Mitteln nicht lösbar ist. Das Durchschnittseinkommen einer Familie in der Bundesrepublik ist nämlich so gering, daß im Normalfall einer Ehescheidung nur Mangel zu verteilen ist. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen aus den Jahren 1978 und 1979 hatten nur 29% aller geschiedenen Mütter überhaupt einen Anspruch auf Unterhalt; der durchschnittliche Unterhalt betrug monatlich DM 420,-; 74% aller geschiedenen Mütter waren (wieder) erwerbstätig, ein Drittel erhielt Sozialhilfe⁹. Das Unterhaltsproblem war für Ehemänner nach 1977 sogar insofern günstiger geworden, als nun für jede Ehefrau im erwerbsfähigen Alter grundsätzlich eine Pflicht zur Erwerbstätigkeit bestand.

Der Grund für die männliche Empörung, die 1985 schließlich im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Unterhaltsrechts ihren endgültigen Niederschlag fand¹⁰, lag woanders. Grund war offenbar die Tatsache, daß seit 1977 auch wirtschaftlich abhängige Frauen – in aller Regel Familienhausfrauen – das tun konnten, was berufstätigen Ehemännern schon immer möglich war: eine unerträglich gewordene Ehe zu beenden, den ersten Schritt zur Trennung zu vollziehen und dabei eine faire finanzielle Auseinandersetzung zu verlangen. Bis 1977 konnten Ehefrauen ohne eigenes Einkommen diesen ersten Schritt nicht tun, ohne den Verlust aller in langen Ehejahren sauer erarbeiteten Unterhaltsansprüche zu riskieren. Der Mann mußte nur zahlen, wenn er beweisbar der „Allein-Schuldige“ war.

Das war nun anders geworden. Wie aufgezeigt, stand bei der Frage nach Unterhalt gerechterweise nun nur noch die objektive ehebedingte wirtschaftliche Bedürftigkeit zur Debatte. Falls eine solche Bedürftigkeit vorlag, mußte der berufstätige Ehemann Unterhalt zahlen, auch wenn die Hausfrau als erste gegangen war. Das ging Patriarchen zu weit. Ja, Unterhalt sozusagen als Strafe oder Ablass, wenn der Ehemann Frau und Kinder sitzen läßt (falls genug Geld da ist). Aber wenn er nun kein böses Wort gesagt hat, weil er drei Jahre überhaupt nicht gesprochen hat? Ist das ein Grund, verlassen zu werden? Jedenfalls kein Grund zum Zahlen! Her mit den alten Rechten! Auf wen kann man sich schon noch verlassen, wenn nicht einmal auf eine abhängige Hausfrau? Wo bleibt, so fragte die patriarchalische Rechtswissenschaft in etwas vornehmerer Formulierung, die rechtsethische Legitimation von Unterhalt für denjenigen, der die „Versorgungseinrichtung Ehe“ selbst aufs Spiel setzt.¹¹ Patriarchalischer Zorn orientierte sich dabei nicht nur an den vom Schuldprinzip gereinigten Gesetzestexten, sondern an der bedrohlicher werdenden Realität: Immer mehr Ehefrauen versagen ihren Patriarchen die Gefolgschaft – und gehen. Zwei Drittel aller Anträge auf Ehescheidung werden inzwischen von Frauen gestellt, die meisten auf Grund ihrer eigenen Initiative.¹² Wenn frau bedenkt, daß heute jede dritte Ehe geschieden wird (im Jahre 1984 waren es 130744 Ehescheidungen), dann ist das eine Zahl, die zu männlicher Verunsicherung Anlaß gibt.

Die Frauen gingen und gehen, obwohl die männliche Rechtsprechung seit 1977 bereits eine deutliche Grenze für das Zerrüttungsprinzip im Unterhaltsrecht gefunden hatte. Diejenigen Gattinnen nämlich, die sich nicht nur vom Ehemann ab-, sondern kühnerweise auch einem anderen Mann zu-gewandt hatten, wurden Unterhaltsansprüche als grob unbillig versagt, und zwar auch nach 20 und mehr Jahren treu erfüllter Familienarbeit. Eine Rechtsprechung, die in dem Bereich der ehelichen Untreue bereits die „Zähmung der

Widerspenstigen“¹³ versucht hatte, unter Mißachtung der Grundsätze des geltenden Unterhaltsrechts.¹⁴

Trotz dieser – offenbar unzureichenden – Schützenhilfe von seiten der Richter war spätestens seit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 4. 5. 1983 klar: Auch im Unterhaltsrecht wurde die Wende eingeleitet. Es hieß nun: Zurück zum Schuldprinzip, mehr Begrenzung oder Versagen von Unterhalt. Ein Feldzug begann, getarnt als seriöses Gesetzgebungsverfahren, unter den bereits zitierten Fanfarenstößen „Mehr Gerechtigkeit im Einzelfall“. Die mutigen Helden schreckten vor nichts zurück. So störte sie es nicht im geringsten, keinen Beleg für die von ihnen behaupteten Unrechts-Entscheidungen vorweisen zu können. Tapfer bekannten sie, daß sie jede Rechtstatsachenforschung für überflüssig hielten.¹⁵ Entschlossen beharrten sie stattdessen auf konstruierten Phantasiefällen, um das Unrecht des geltenden Gesetzes glaubhaft zu machen. Horrorgeschichten wie die des berühmten Chefarztes, der von der Sekretärin geheiratet, nach wenigen Jahren verlassen wurde und nun ein Leben lang Chefarztgattinnen-Unterhalt zu zahlen hätte. „Einmal Chefarztgattin – immer Chefarztgattin“, so hallte das Feldgeschrei.¹⁶ Der arme – aber offensichtlich nicht existierende – Chefarzt wurde bedauert, der lebenslanglich an die wieder als Sekretärin tätige Exfrau sogenannten Aufstockungs-Unterhalt zahlen müsse, und zwar 3/7 der Differenz zwischen seinem Einkommen (z.B. DM 10000,–) und dem Einkommen der Sekretärin (z.B. DM 2000,–), also 3/7 von DM 8000,– = DM 3428,–. Auch die übrigen vom Bundesminister der Justiz zitierten Phantasiefälle hatten mit der täglichen Praxis des Unterhaltsrechts nichts gemein. So wurden u. a. als Beispielfälle zitiert:

„Der Mann gibt sich immer mehr dem Alkohol hin und verliert deshalb seine Stellung. Die Frau ist gezwungen, eine Berufstätigkeit aufzunehmen, um den Familienunterhalt sicherzustellen. Daneben hat sie auch weiterhin den Haushalt zu versorgen, da sich der Mann um nichts kümmert. Nach der Scheidung beansprucht der Mann Unterhalt.“ Oder:

„Die Frau holt sich den Liebhaber in die Wohnung. Dieser prügelt den Mann aus dem Haus und lebt künftig mit der Frau in eheähnlicher Gemeinschaft. Nach der Scheidung verlangt die Frau Unterhalt.“¹⁷

Selbstverständlich wurde keiner dieser Beispielfälle auch nur durch ein einziges Gerichtsurteil belegt. Das bis zum 1. 4. 1986 geltende Unterhaltsrecht hätte auch in keinem Fall als Rechtsgrundlage dienen können. Die Helden des Patriarchats – allen voran die männlichen Politiker aus CSU, CDU und FDP, unterstützt von den Beamten des Justizministers – ließen sich auch nicht entmutigen, als nahezu alle Familienrechts-Experten und Fachverbände den vorgelegten Referentenentwurf zur Änderung des Unterhaltsrechts aus dem Bundesjustizministerium entschieden ablehnten, vom *Deutschen Richterbund* bis zum *Deutschen Frauenrat*, vom *Deutschen Anwaltsverein*, *Deutschen Familiengerichtstag* bis zum *Verband Alleinstehender Mütter und Väter*, wobei nicht nur die vorgeschlagenen Neuregelungen kritisiert, sondern fast einhellig darauf hingewiesen wurde, das geltende Recht habe sich bewährt¹⁸. „Viel Feind – viel Ehr“, erklärte der hervorragende Justizminister Engelhard¹⁹.

Die Mannen blieben auch standhaft, als in der öffentlichen Anhörung vom 12. 6. 1985 die Experten fast einhellig ihre Ablehnung gegenüber dem mit dem Referentenentwurf fast identischen Gesetzentwurf der Bundesregierung wiederholten. Kühn hatten sie bereits morgens eine Stunde nach Beginn des Hearings, das erst am Abend endete, in einer Presseerklärung dessen Ergebnis vorformuliert: „Die Mehrheit der Experten bestätigte die Auffassung der Union, daß das Ehescheidungsfolgenrecht von 1976/77 in Teilbereichen korrigiert werden muß“.²⁰

Daß der patriarchalische Feldzug zu guter Letzt nicht mit einem völligen Sieg endete, war in erster Linie Sache der Frauen. Sie hatten ebenfalls zum Kampf geblasen. Von Rot bis Schwarz, von Lila bis Grün, verbündeten sie sich, um den Feldzug des Unrechts aufzuhalten. Eine empörte Kritik nach der anderen aus dem Frauenlager *aller* Parteien und Gruppierungen erreichte das Bundesjustizministerium oder den Deutschen Bundestag. Geschiedene Frauen wurden bundesweit aufgefordert, die Zahlen und Fakten zur eigenen wirtschaftlichen Lage und zu eigenen – meist nicht vorhandenen – Unterhaltsansprüchen dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages mitzuteilen. Diese „Aktion Kassensturz – geschiedene Frauen schreiben“, im Dezember 1984 initiiert, veröffentlicht in fast allen Rundfunkanstalten und abgedruckt von *EMMA* bis zum *Deutschen Frauenrat*, brachte erneut in Hunderten von Briefen das Unterhaltselend geschiedener Frauen ans Licht.²¹ Ein Unterhaltselend, wie ich es fast täglich in meiner Praxis erlebe. Frauen stehen im vorgerückten Alter nach langen Jahren treu erfüllter Familienpflichten ohne einen Pfennig Unterhalt da, weil nicht genug Geld vorhanden ist, weil der Unterhalt gerade für die Kinder reicht oder weil der Mann sich drückt. Fast alle müssen neu anfangen, denn ihr Lebensplan war auf die Familie ausgerichtet. Ihre Berufsqualifikationen sind veraltet, Berufserfahrung fehlt ganz oder teilweise, das Vertrauen in die eigene berufliche Leistung ist geschwunden. So haben sie auf dem ohnehin engen Arbeitsmarkt kaum Chancen, schon gar nicht für eine halbwegs qualifizierte Tätigkeit. In der Regel sind sie gezwungen, *jede* Erwerbstätigkeit anzunehmen, die sich ihnen überhaupt bietet. Die wirtschaftliche Situation der Frauen, die sich an der Aktion Kassensturz beteiligten, entspricht den von mir oben zitierten Zahlen aus den Untersuchungen von EMNID und des Max-Planck-Instituts.²² Die meisten von ihnen leben am Rande des Existenzminimums. Einige Auszüge aus typischen Briefen an den Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages mögen die wirtschaftliche und seelische Not dieser Frauen verdeutlichen:

„Bin seit dem 1. 8. 84 wieder bedingt arbeitsfähig und erhalte monatlich DM 470, – Arbeitslosengeld“, schreibt Frau Margit H. (23 Jahre verheiratet, 2 Kinder). „Dieser Anspruch läuft bereits im Mai 1985 ab. Laut Einstellungsuntersuchung im VW-Werk bekomme ich wegen Operationen in früheren Jahren (Unterleib, Schilddrüse) nicht einmal Arbeit am Fließband. Über eine eventuelle Vermittlungschance durch das Arbeitsamt brauche ich in der heutigen Zeit nicht zu diskutieren. Wovon soll ich eigentlich leben?“

Gerda W. (20 Jahre verheiratet, 2 Kinder): „Ich habe meine Kinder bekommen und meinen Beruf um meiner Familie willen aufgegeben (aufgeben müssen) in vollem Vertrauen darauf, daß meine Ehe unauflöslich und meine Versorgung gesichert wäre, soweit auf dieser Welt überhaupt etwas sicher sein kann. Ich fühle mich nicht nur, ich bin betrogen, betrogen um mein Leben.“

Irene G. (23 Jahre verheiratet, 2 Kinder): „Mein Mann hat sich vor einem Jahr von der Familie getrennt und ist zu seiner Freundin gezogen. Nach 23jähriger Familienarbeit stehe ich heute vor dem ‚Nichts‘, während mein Mann sein Berufsziel (Universitätsprofessor) erreicht hat.“

Regina B. (19 Jahre verheiratet, 4 Kinder): „Es ist besser, wenn Frauen mit den Kindern beim Mann aushalten, denn es ist so schwer, sich durchzusetzen. Am besten wäre es doch, wenn den Männern gleich eine Pistole geliefert wird, damit sie die lästigen Esser erschießen können.“

Dem Druck von Frauen ist es vor allem zu verdanken, daß in letzter Minute wenigstens in einigen Vorschriften des neuen Unterhaltsrechts das Schlimmste verhindert wurde. Unterhaltsansprüche wegen Erwerbslosigkeit und der sogenannte Aufstockungsunterhalt (§ 1573 BGB) – also die Ansprüche jener Frauen, die nach der Scheidung keine angemessene Erwerbstätigkeit finden oder nur eine gering bezahlte – sollen jetzt nur ausnahmsweise zeitlich begrenzt werden können, dann nämlich, wenn ein unbegrenzter Unterhalts-

anspruch unbillig wäre. Die Koalition (CDU/CSU/FDP) hatte ursprünglich vorgeschlagen, den in § 1573 Abs. 1 und Abs. 2 BGB geregelten Ansprüchen auf Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit und auf Aufstockungsunterhalt (Beispiel: der Mann verdient DM 2400,—, die Frau DM 400,—; der Aufstockungsunterhalt beträgt hier 3/7 der Differenz beider Einkommen (= 2000,—), also DM 857,—) einen Absatz 5 hinzuzufügen, der wie folgt lauten sollte:

„(5) Die Unterhaltsansprüche nach Absatz 1 bis 4 können zeitlich begrenzt werden, soweit dies insbesondere unter Berücksichtigung der Dauer der Ehe der Billigkeit entspricht.“

Eine solche Regelung hätte für jeden Richter die Möglichkeit eröffnet, Unterhaltsansprüche auch von Familienhausfrauen, denen nach der Scheidung der Einstieg ins Erwerbsleben nicht gelang, selbst nach langen Ehejahren zeitlich zu begrenzen, frei nach seinem Ermessen. Eine Regelung, die sogar konservative Familienrechtler als „Richter-Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet hatten.²³ Nach zähem Ringen insbesondere mit den Frauen in den eigenen Reihen heißt die geänderte Fassung heute wie folgt:

„(5) Die Unterhaltsansprüche nach Absatz 1 bis 4 können zeitlich begrenzt werden, soweit insbesondere unter Berücksichtigung der Dauer der Ehe sowie der Gestaltung von Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit ein zeitlich unbegrenzter Unterhaltsanspruch unbillig wäre; dies gilt in der Regel nicht, wenn der Unterhaltsberechtigte nicht nur vorübergehend ein gemeinschaftliches Kind allein oder überwiegend betreut hat oder betreut. Die Zeit der Kindesbetreuung steht der Ehedauer gleich.“

„In der Regel“ sollen also Frauen, die Kinder betreut haben, nicht davon betroffen werden. Natürlich ist auch dieser Text dehnbar. Aber frau darf hoffen. In gleicher Weise wurde das Vorhaben, den den ehelichen Lebensverhältnissen entsprechenden Unterhalt zeitlich zu begrenzen, in § 1578 BGB entschärft: „in der Regel“, also auch hier keine zeitliche Begrenzung für Familienfrauen mit Kindern.

Die zentrale Ungeheuerlichkeit blieb unverändert: Die Rückkehr des Schuldprinzips im Unterhaltsrecht. Unterhalt kann jetzt unter anderem dann versagt oder eingeschränkt werden, wenn dem Berechtigten – sprich: der Frau – ein offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihr liegendes Fehlverhalten zur Last fällt, wenn sie ihre Hausfrauenpflichten gröblich verletzt oder wenn ein anderer Grund vorliegt, der ebenso schwer wiegt (§ 1579 BGB). Dabei kann das schwerwiegende Fehlverhalten auch noch *nach* der Ehescheidung liegen. Der Phantasie und den Detektiven sind keine Grenzen gesetzt. Welcher Ehemann möchte nicht von lästigen Unterhaltspflichten freikommen? Die schmutzige Wäsche wird vor den Gerichten nicht gewaschen, sie wird gekocht werden. Und die Doppelmoral wird Triumphe feiern. Für einen Mann mit gesichertem Einkommen spielt „Schuld“ selbstverständlich keine Rolle. Nur Frauen müssen ihre reine Weste vorweisen, sonst droht ihnen der Verlust ihrer Existenzgrundlage. Wird dies einkalkuliert? Die mutigen Helden haben auch hier Tapferkeit bewiesen. Im Vorspann des Gesetzentwurfs hieß es unter D: „Die vorgesehene Begrenzung der Unterhaltspflicht wird mehr Kosten bei der Sozialhilfe und bei der Arbeitslosenhilfe zur Folge haben.“

Neues Scheidungs-Un-Recht?

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Es kann nicht erstrebenswert sein, Frauen grundsätzlich durch möglichst umfangreiche Unterhaltsansprüche bei Trennung oder Scheidung abzusichern. Im Gegenteil: Das Ziel aller Bemühungen um Gleichberechtigung und Emanzipation muß eine soziale Wirklichkeit sein, in der Unterhaltsrechte und

-pflichten weitgehend überflüssig werden. Dies setzte voraus, daß Frauen und Männer ohne gegenseitige Benachteiligungen Berufe erlernen und ausüben, um ihre eigene wirtschaftliche Existenz zu sichern. Voraussetzung wäre weiterhin, daß sowohl Mütter wie Väter mit entsprechender staatlicher Hilfe ihre Berufstätigkeit für die Zeit der Kinderbetreuung einschränken könnten und daß beide in gleichem Umfang Familienarbeit leisten.²⁴

Wir wissen, daß wir davon noch weit entfernt sind. Für die Mehrzahl der Frauen ist zwar inzwischen die Doppelrolle selbstverständlich geworden: sie wollen in Beruf *und* Familie leben und arbeiten. Die Mehrzahl der Männer aber hat leider bisher noch nicht einmal den Wunsch nach mitverantwortlicher Familienarbeit ernsthaft erkennen lassen. Solange sich hieran nichts ändert, solange Frauen allein verantwortlich sind für Kinder und Familie, muß ihre Arbeit durch ein zuverlässiges Unterhaltsrechts abgesichert werden, das sich allein an einem objektiven Maßstab der Bedürftigkeit orientiert.

Ich empfinde es als zynisch und heuchlerisch, Frauen zum einen Herd und Wiege besonders warm ans Herz zu legen, ihnen beim Scheitern der Ehe jedoch den Weg zum Sozialamt zu weisen. Ich empfinde es als Skandal, dabei die Versuche berufstätiger Ehemänner zu unterstützen, sich mit dem Hinweis auf etwaiges Fehlverhalten ihrer Frauen aus der wirtschaftlichen Verantwortung herauszustehlen.

Anmerkungen

- 1 Am 1. 4. 1986 trat das Gesetz zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften in Kraft.
- 2 *General-Anzeiger* für Bonn und Umgegend vom 6. 5. 1986, S. 17.
- 3 *General-Anzeiger* für Bonn und Umgegend vom 7. 5. 1986, S. 2.
- 4 Elisabeth Dessai, *Hat der Mann versagt?* rororo-Taschenbuch.
- 5 Josef Duss-von-Werdt, *Alleinschuld am Scheitern der Ehe – eine Fiktion der Juristen?*, Brühler Schriften zum Familienrecht Nr. 4, 23ff., Giese-king 1986.
- 6 Jutta Limbach hat nachgewiesen: In den in der *Zeitschrift für das gesamte Familienrecht* in den Jahren 1981 bis 1983 veröffentlichten 209 Urteilen zum Unterhaltsrecht klagten lediglich 4 Männer auf Unterhalt, das sind 1,91%, s. *Zeitschrift für Rechtspolitik* 1984, 199ff.
- 7 Nur 8% der männlichen Partner beteiligen sich partnerschaftlich an der Hausarbeit; selbst von den ganztags erwerbstätigen Frauen erhalten nur 19% Hilfe von ihren Männern; Zahlen aus:
 - Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach *Die Situation der Frau in Baden-Württemberg* 1983;
 - Brigitte-Untersuchung *Der Mann*, durchgeführt von Sigrid Metz-Göckel und Ursula Müller Dortmund, Hamburg 1985.
- 8 Rudolf Augstein, „Woran krankt das Eherecht“, in: *Der SPIEGEL* Nr. 49/1979 v. 10. 12. 1979.
- 9 *Sicherung des Unterhalts für Kinder alleinstehender Eltern*, Untersuchung des EMNID-Instituts GmbH & Co, Bielefeld, durchgeführt im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1978; *Die wirtschaftliche Situation ‚unvollständiger Familien‘ in der Bundesrepublik Deutschland*, Bericht der Sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppe des Max-Planck-Instituts, im Auftrag des Bundesministers der Justiz, Hamburg 1978/1979.
- 10 *Bundestags-Drucksache* 10/2888 vom 21. 2. 1985.
- 11 Albrecht Dieckmann „Rückkehr zum Verschuldensprinzip im nachehelichen Unterhaltsrecht?“ in: *FamRZ* 1984, S. 946.
- 12 Auch schon vor 1977 wurden Ehescheidungsklagen mehrheitlich von Frauen eingereicht, davon jedoch eine große Zahl auf Grund der Initiative ihrer Ehemänner. Ehemänner, die aus der Ehe herausstrebten, konnten gegen sich selbst keinen „Schuldgrund“ geltend machen. Sie mußten also ihre Ehefrauen „kaufen“, damit diese die Scheidungsklage aus dem Alleinverschulden des Mannes erhoben. Dieses „Spiel“ konnte 1977 aufhören.
- 13 Peter Derleder „Die neue Zähmung der Widerstehenden – Zur Renaissance des Verschuldensprinzips im Scheidungsfolgenrecht“, in: *Kritische Justiz* 1982, S. 18.
- 14 Barbelies Wiegmann „Verschuldensprinzip für Hausfrauen?“ in: *NJW* 1982, S. 1369.
- 15 Antwort der Bundesregierung zur „Entscheidungsbasis für erneute gesetzliche Änderungen beim nachehelichen Unterhalt“, *Bundestags-Drucksache* 10/1752 vom 16. 7. 1984.
- 16 Die Verfasserin hat auf ihre öffentliche Auslobung

von DM 500,- am 20. 6. 1984 für die Vorlage einer Chefarztfall-Akte bisher keine einschlägige Meldung erhalten.

- 17 *recht* Informationen des Bundesministers der Justiz Nr. 86/1984.
- 18 Über 90% aller Scheidungen werden einverständlich abgewickelt; eine gerichtliche Entscheidung über den Unterhalt erfolgt nur in 3% aller Fälle, s. Fußnote 15; vgl. im übrigen die eingehende Stellungnahme der Verfasserin für den Verband Alleinstehender Mütter und Väter zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 19. 9. 1984, abgedruckt in *Info* 3/84, Institut Frau und Gesellschaft S. 40ff.
- 19 Spiegel-Gespräch vom 19. 11. 1984, *DER SPIEGEL* 47/1984, S. 38.
- 20 Pressedienst der CDU/CSU vom 12. 6. 1985.
- 21 Kirsten Müller-Lehnen hat für die Fraueninitiative 6. Oktober, Bonn, die Aktion Kassensturz in einer – bisher unveröffentlichten – Studie ausgewertet; zu beziehen bei FI 6. Oktober, Kirschallee 6, 5300 Bonn 1.
- 22 Vgl. Anm. 9.
- 23 Bosch „Neues Ehegatten-Unterhaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland?“ *FamRZ* 1984, S. 1165.
- 24 Barbelies Wiegmann, *Ende der Hausfrauenehe – Plädoyer gegen eine trügerische Existenzgrundlage* rororo Frauen aktuell, 3. Aufl. 1984.